

Kirche und Entwicklung

für ein politisches Gespräch



Arbeitsgruppe Kirche der Erklärung von Bern

Mai 1982

"Kirche und Entwicklung" ist ein Beitrag zum Gespräch, ein Anstoss zur Selbstbesinnung und ein Aufruf zum Handeln. Die Verfasser und Unterzeichner hoffen, dass "Kirche und Entwicklung" in Kirchen, Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen zu grundsätzlichen Diskussionen und praktischen Schritten führt.

Den Anstoss gaben die "Questions brûlantes aux Chrétiens", die 1981 von einer westschweizerischen Arbeitsgruppe veröffentlicht wurden. Mitglieder der Erklärung von Bern legten einem Kreis von interessierten Christen eine Übersetzung vor. Aus dem Gespräch darüber entstand die Arbeitsgruppe Kirche, die vom Herbst 1981 bis im Frühling 1982 gemeinsam den vorliegenden Text ausarbeitete.

Mündlich und schriftlich mitgearbeitet haben:

Leni Altwegg, Heinz Angehrn, Anton Bernet, Vreni Biber-Schneider, Alberto Bondolfi, Michael Dähler, Hilar Eggel, Hansueli Egli, Arnold Eichmann, Urs Eigenmann, Marcel Fischer, Florian Flohr, Josef Gähwiler, Peter Gessler, Hans-Peter Grossenbacher, Hansruedi Guyer, Pius Hafner, Hermann Herzog, Hans Walter Huppenbauer, Claire Johl, Walter Ludin, Christoph Möhl, Hans Ott, Anton Peter, Albert Rieger, Hugo Röthlisberger, Alois Schmidlin, Verena Senn, Willy Spieler, Christoph Stückelberger, Gilberte Thurneysen, Lukas Vischer, Peter Walter, Ursula Walter, Berthe Wicke, Eugen Wirth, Karl Zimmermann, Louis Zimmermann.

1. Unsere Betroffenheit

Wir leben in einer von Zerstörung und Selbstzerstörung bedrohten Welt. In dieser Welt hören wir

- *den Zuspruch des Schöpfers, der seine Welt lieb hat und sie nicht dem Untergang preisgeben will;*
- *den Anspruch von Jesus Christus, der sein Leben für das Leben der Welt hingegeben, so die Welt mit Gott versöhnt hat, und uns in seine Nachfolge und alle Menschen zum Frieden ruft;*
- *die Verheissung des Heiligen Geistes, der die Menschen einbezieht in das befreiende und erneuernde Handeln Gottes, das in der Geschichte der Menschen sich Durchbruch verschafft, und in die Hoffnung, die sich am kommenden Reich Gottes orientiert.*

Als entwicklungspolitisch engagierte Christen möchten wir konkrete Fragen stellen und zum Gespräch und Handeln ermuntern.

Wir fühlen uns betroffen durch die Situation, in der wir leben:

- Da sind die Sorgen um eine lebenswerte Zukunft;
- die Sorgen über die wachsende Ungerechtigkeit in der Welt, besonders im Verhältnis zwischen Nord und Süd, und über die zunehmende Polarisierung zwischen Ost und West.
- Wir fühlen uns aber auch betroffen, dass unsere Kirchen viel zu unentschlossen und zu unwirksam die Überlebensfragen der Menschheit angehen.

Sorgen um die Zukunft

Die Not in der Dritten Welt ist unübersehbar. Trotz vieler Anstrengungen nimmt sie zu. Warum das? Wenn wir versuchen, uns Einblick und Übersicht zu verschaffen, entdecken wir, dass wir an den Wurzeln dieser Not mit unseren Wünschen und Privilegien mitbeteiligt sind. Das macht uns betroffen. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass diese Not nicht nur oberflächlich, sondern von Grund aus behoben wird.

Es kommt mehr dazu.

Weltweit und im Nahbereich erfahren wir eine ungleiche, oft verantwortungslose Verteilung der Macht. In zunehmendem Masse sind viele Mitmenschen von einigen wenigen abhängig. Neue Möglichkeiten im Bereich der Technologie rationalisieren Arbeitsplätze weg und fördern die Zentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsbefugnis.

Gegenüber der Eigendynamik des weltweiten Wettrüstens fühlen wir uns ohnmächtig. Die Aufwendungen für Rüstung und die für Entwicklungshilfe stehen in einem krassen Missverhältnis. Auch das macht uns betroffen.

Wir sind in Sorge um unsere Zukunft, wenn nicht neue Formen der Verantwortung in allen diesen Fragen gefunden werden.

Wir möchten die christliche Botschaft ernst nehmen, dass jeder Mensch ohne Ansehen von Geschlecht, Rasse, politischer Überzeugung und Religion wirklich ein Mensch ist, in welchem wir Christus und uns selbst Wiedererkennen.

Wenn wir das tun, hat das Folgen für das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenleben.

Wir möchten uns diesen Folgen stellen.

Sorgen über die Ungerechtigkeit

Die Grundlage aller Missionstätigkeit ist der biblische Auftrag, allen Menschen die befreiende und erneuernde Botschaft zu bringen vom Reich Gottes, das mit Jesus Christus angebrochen ist. So ist im Kontakt mit dem Elend hier und in der Dritten Welt zur Verkündigung auch der soziale Dienst, die Linderung der physischen Not getreten. Das gilt auch heute noch.

Aber immer häufiger stellen uns Christen und Kirchen der Dritten Welt, Missionare und Entwicklungshelfer bei ihrer Rückkehr die Frage, ob wir Menschen im Norden nicht mitverantwortlich sind für die Not der Länder im Süden. Diese Anfrage ernst nehmen, heisst für uns: die Not nicht nur zu lindern, sondern nach ihren Ursachen zu suchen. Wir wagen den Versuch - und sehen uns mit der

ganzen komplexen Problematik unserer Wirtschaft und der politischen Machtverhältnisse konfrontiert.

Die Frage der Menschenrechte kommt ins Blickfeld. Menschenrechte bestehen jedoch nicht aus Worten. Die Achtung der Würde der Menschen drückt sich aus in gerechten Nahrungsmittelpreisen, Meinungsfreiheit, anständigen Aufenthaltsbedingungen, im Recht auf freie Gewerkschaften und ähnlichen Dingen.

Wenn wir uns für die Verwirklichung dieser Menschenrechte einsetzen, nehmen wir zugleich die christliche Botschaft ernst. Wir entdecken dabei, dass wir von der Menschenrechtsproblematik mitbetroffen sind.

Ein Beispiel aus der Textilbranche:

Eine Schweizer Firma verlagert ihre Hemdenproduktion nach Seoul, Südkorea. Die Hemden werden dort fabriziert, mit Ausnahme der Knöpfe und der Knopflöcher, die zuletzt in der Schweiz angebracht werden. Trotzdem tragen die Hemden das Schild "Swiss Quality". Weshalb das "Swiss-Quality"-Produktgeschäft so floriert, erzählt eine südkoreanische Näherin: „Ich arbeite täglich 13 Stunden in dieser Fabrik. Nach dem Arbeitsnormgesetz wäre die Arbeitszeit acht Stunden, aber dies steht nur auf dem Papier. Laut Gesetz müssten wir auch Überstundenzuschlag bekommen, aber so was erhalten wir nie. Wir bekommen keinen festen Lohn, denn der Fabrikbesitzer bestimmt den Lohn am Ende der Saison; zwischendurch erhalten wir Vorschuss. Wenn die Geschäfte flau gegangen sind, so bekommen wir dies zu spüren; waren sie jedoch gut, so haben sie unseren Lohn noch nie erhöht.“ (Biblich-ökumenische Perspektiven zum Thema der Weltmissionskonferenz 1980)

*

Dem Tagesanzeiger vom 12.2.82 entnehmen wir folgenden Beitrag:

Hongkong schickte 1981 für 300 Millionen Franken (+ 30 % gegenüber 1980) Bekleidungswaren in die Schweiz, und noch grössere Zuwachsraten verzeichneten Indien (+ 65 %) und Südkorea (+ 108 %). In der Schweiz melden Betriebe der Textilbranche Kurzarbeit, Umstellung der Produktion und Betriebsschliessungen. In den letzten Monaten gingen in dieser Branche 750 Arbeitsplätze verloren. Bereits 1970 bis 1978 wurden von rund 106'000 Arbeitsplätzen 26'000 Stellen abgebaut.

*

Das Problem stellt sich somit doppelt: In den ärmsten Dritt-Welt-Ländern werden Produktionsbetriebe aufgebaut, die auf der Ausbeutung rechtloser Arbeiter, grösstenteils Frauen und Kinder, basieren. Hier in der Schweiz werden Arbeitsplätze abgebaut, und die verbleibenden sind durch die Konkurrenz der Billiglohnländer bedroht.

Sollten wir als Christen und christliche Institutionen in der Schweiz nur - hier wie dort - den "Opfern" helfen? Übersehen wir dann nicht, dass die Ursache im unkontrollierten Wachstum dieser Wirtschaftszweige liegt, die ihre Produktionen in Billiglohnländer verlagern, weil die Unternehmer ihre Gewinninteressen durch die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer beeinträchtigt sehen? Müssen sich die Christen nicht vermehrt um diese wirtschaftlichen Probleme kümmern und deshalb für gesetzliche Massnahmen eintreten und eine Wirtschaftspolitik fordern, die sowohl die Gefährdung der Arbeitsplätze und -bedingungen in der Ersten als auch die Ausbeutung der Arbeiter in der Dritten Welt verhindert?

Wir sind uns bewusst, dass dies Folgen für unseren Lebensstil hätte.

Wir bemühen uns, die Zusammenhänge wirklich zu verstehen. Eine Ideologie, die alles "erklärt", nützt dabei nichts. Wir wollen sie vermeiden. Wir fühlen uns verpflichtet, die Mechanismen selber verstehen zu lernen, die zu Fehlentwicklungen führen. Wir entdecken dabei, dass das System, in dem wir leben, die eigene Verantwortung immer mehr einschränkt. Wir benötigen darum neue Formen der Verantwortung. Es braucht viel Kraft, um in der grossen Anonymität unserer sozialen Umwelt nicht zu resignieren oder ideologisch vereinfacht zu reagieren. Wir möchten weitergehen und fragen darum: Was heisst das für uns, für mich ganz konkret?

Unsere Anliegen

Im Augenblick, wo wir solche Überlegungen anstellen, werden wir wie auch viele Hilfswerke und Entwicklungspolitiker angegriffen; es wird uns vorgeworfen, wir würden politisch manipulieren, oder, wir seien manipuliert. Andererseits beobachten wir, dass viele in Entwicklungsfragen engagierte Christen zunehmend enttäuscht sind über christliche und kirchliche Institutionen.

Wir anerkennen, dass wir bisher vielleicht zu wenig deutlich ausgesprochen haben, aus welcher Hoffnung heraus wir reden und handeln. Mit diesem Arbeitspapier möchten wir erklären, worum es uns geht, wenn wir als Christen die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen so wichtig nehmen. Es liegt uns daran, ins Gespräch zu kommen. Wir möchten, dass Christen, die mit uns nicht einverstanden sind, uns sagen, worin konkret ihre Kritik an unserer Sicht der Dinge und an unserer Hoffnung besteht.

Wir möchten gemeinsam Möglichkeiten der Zusammenarbeit im konkreten, verantwortungsbewussten Handeln finden.

2. Theologische Überlegungen zu unserer Betroffenheit

Jesus und das arme Volk

Und er kam nach Nazaret, wo er aufgewachsen war. Nach seiner Gewohnheit ging er am Sabbat in die Synagoge und stand auf, um vorzulesen. Es wurde ihm das Buch des Propheten Jesaja gereicht. Er öffnete das Buch und fand die Stelle, wo geschrieben stand:

Der Geist des Herrn ruht auf mir, weil er mich gesalbt hat; er hat mich gesandt, Armen Frohbotschaft zu bringen, den Gefangenen Befreiung zu verkünden und den Blinden das Augenlicht, Unterdrückte in Freiheit zu entlassen, auszurufen ein Gnadenjahr des Herrn.

Nachdem er das Buch zusammengerollt hatte, gab er es dem Diener zurück und setzte sich; alle Augen in der Synagoge waren auf ihn gerichtet. Er begann aber, zu ihnen zu sprechen: „Heute ist dieses Schriftwort vor euren Ohren erfüllt worden.“(Luk 4, 16-21)

Dieses Zitat aus dem Propheten Jesaja steht im Lukasevangelium am Anfang des öffentlichen Wirkens Jesu. Es fasst das Leben und die Botschaft Jesu zusammen.

Die Sendung Jesu richtet sich an die Armen, die wirtschaftlich Unterdrückten, an die Opfer des damaligen Wirtschaftssystems. Ihnen wird die gute Nachricht, d.h. die Befreiung aus ihrer Armut angesagt. Sie richtet sich an die Gefangenen, an die Opfer des politischen Systems. Ihnen wird die Befreiung angekündigt. Sie richtet sich an die Kranken, die wegen ihres Leidens vom Gottesdienst ausgeschlossen werden. Ihnen wird die Gesundheit und damit auch wieder die volle soziale Integration angesagt.

Kirche und Macht

In der urchristlichen Gemeinde fanden sich Menschen zusammen, die vielfach ausserhalb der Gesellschaft standen: Arme, Gebundene, Entrechtete. Die Mächtigen wurden zur Verantwortung gegenüber den Machtlosen gerufen. In der Freiheit der Kinder Gottes entstand eine Gemeinschaft der Solidarität und der Liebe unter den Menschen, die ein Stück Reich Gottes zeichenhaft abbildete.

Durch die sogenannte "Bekehrung" Konstantins waren die Christen nicht mehr eine - bekämpfte oder geduldete - Minderheit, deren Einstellungen und Verhaltensweisen von den Herrschenden als subversiv eingeschätzt wurden; ihre Religion wurde zur Staatsdoktrin erklärt und jeder, der Erfolg haben wollte, musste ihr beitreten. Nicht mehr Arme und Unterdrückte bestimmten das Bild der Kirche, sondern die Einflussreichen in der Gesellschaft. Damit war praktisch auch das bestehende Gesellschaftssystem mit seinen Ungerechtigkeiten und seinem imperialistischen Expansionsdrang "getauft", denn von keinem der jetzt in die Kirche strömenden "Bekehrten" wurde mehr die Umkehr

zur Perspektive des Reiches Gottes in Gerechtigkeit, Frieden und Liebe gefordert, die Jesus gepredigt und praktiziert hatte.

Kirche und Staat verbänden nun gemeinsame Interessen. Die Zuordnung des Reiches Gottes zu den Armen wurde in der Theologie nur noch im übertragenen Sinne ("geistlich Arme") statt als tatsächliche Armut verstanden. In der Praxis wurde das Armsein dann stellvertretend den freiwillig Armen in den Orden übertragen. Bis ins Mittelalter hatte sich dieses Zusammenspiel der Mächtigen zum System der "Christenheit" verfestigt.

Allerdings blieb dieses Bündnis zwischen Kirche und Macht nie ohne Widerspruch vom Rand der Kirche und von der Mitte des Evangeliums her.

Privatsache Glauben

Das Bündnis von Kirche und Macht wurde in der Epoche der Kolonialisierung auch in die eroberten Gebiete gebracht. Die Inbesitznahme "nicht-christlicher" Länder und Völker durch "christliche" Herrscher wurde als Erfolg christlicher Mission gewertet. Kolonialisierung und Mission gingen Hand in Hand, auch wenn Minderheiten dagegen immer wieder protestierten.

In Europa verlor die Kirche mit dem Erstarken des Bürgertums einen grossen Teil ihres Einflusses; die enge Verbindung Kirche - Staat wurde gelöst und Religion zur Privatsache erklärt. Dabei handelt es sich nur scheinbar um eine Entpolitisierung der Religion. Wenn die Mächtigen den Glauben reduzieren auf eine Quelle von Tugenden, höchsten Werten und Trost, läuft er Gefahr, zur Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse und ihrer Widersprüche und Konflikte zu werden.

Die befreiende Botschaft und Tradition Jesu Christi, seine Mission für und mit den Unterdrückten wurde seit Konstantin in der Kirche dennoch in kritischen Minderheiten und Randgruppen verwirklicht, die dann oft aus der Kirche hinausgedrängt wurden. Hier sei nur erinnert an die Anfänge der Orden, an die Armutsbewegung (Waldenser, Katharer, Franziskaner u.a.) im Mittelalter, an sog. "Ketzer" wie Joachim v. Fiore, Hus, Thomas Müntzer, an die Opponenten gegen die spanische Kolonialisierungspolitik (Las Casas, Montesinos, Vitoria, Jesuitenstaat in Paraguay) und an die religiösen Sozialisten des 19. und 20. Jahrhunderts (Hohoff, Blumhardt, Ragaz etc.). In diesen verschiedenen Bewegungen kam immer wieder neu der Protest gegen das Bündnis der Kirche mit den Mächtigen zum Ausdruck.

Die kommunistische Staatsideologie versucht ebenfalls, den Glauben auf den Privatbereich einzuschränken. Sie lässt den befreienden Impuls des Evangeliums für die Gesellschaft nicht zur Geltung kommen, damit ihr Absolutheitsanspruch nicht gefährdet wird.

Befreiende Theologie in der Dritten Welt ...

In den Ländern der Dritten Welt ist in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden, die sich gegen beide Formen der Inanspruchnahme des Glaubens durch die Mächtigen unseres auf Europa bezogenen Christentums wehrt: gegen das System der Christenheit, in dem Staat und Kirche gemeinsam die Herrschaft ausüben, und gegen die Privatisierung der Religion, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben den Gesetzen der Effektivität und des Profits überlässt.

Engagierte Christen und Theologen sehen, dass täglich unzählige Menschenleben durch politische und rassistische Verfolgung, durch Folter, Massenmord und Hunger vernichtet werden, weil Wirtschaft und Politik für das Machtstreben von einzelnen und von Machtblöcken, und nicht für das gemeinsame Überleben eingesetzt werden. Aus ihrem Kampf mit den Armen und Unterdrückten heraus beginnen sie, ihren Glauben neu zu entdecken: Das Reich Gottes bedeutet Gerechtigkeit, Freiheit und Brot für die Hungernden; die Entscheidung für Jesus, den Messias, realisiert sich in der Parteinahme für die Rechtlosen und Beraubten.

Im Hinhören auf das Glaubenszeugnis und die Theologie dieser Menschen können wir in Europa die befreiende und verändernde Wurzel unseres Glaubens wieder freilegen. Die Teilnahme von engagierten Christen am Kampf von Befreiungsbewegungen und am sozialen Aufbau befreiter Länder der Dritten Welt stellt aber auch die sozialistische Ideologie vom "Glauben als Privatsache" in Frage.

... und in der Schweiz

In der Schweiz gehören über 90 Prozent der Bevölkerung einer christlichen Kirche an. Das Christliche ist ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft.

Die Kirchen halten sich heute weithin an die ihnen auferlegten Beschränkungen auf das Grundsätzliche und Private. Gleichzeitig wollen sie öffentlich-rechtlich anerkannt sein, durch Steuern finanziert werden und Privilegien im Bereich von Schule und Massenmedien geniessen. So wähnen sie sich zwar politisch neutral, nehmen aber in Kauf, dass sie in den Dienst politischer und wirtschaftlicher Interessen gestellt werden.

Wer diese selbstverständliche Einheit von Bürger-Sein und Christ-Sein infrage stellt, gilt bald als Störenfried.

Was ist aber von einem Christentum zu halten, in dem Christen in der Feier des Abendmahls die Einheit im Glauben und die Gleichheit aller Menschen vor Gott bekennen, zugleich aber die in der Welt bestehenden Ungleichheiten dulden oder gar rechtfertigen? Was wird aus dem christlichen Glauben, wenn Christen in der Liturgie Brot teilen, gleichzeitig aber Millionen von Menschen verhungern lassen und jene Mechanismen des Teilens nicht infrage stellen, durch die die einen immer reicher und die andern immer ärmer werden? Wie glaubwürdig ist das Christentum, wenn Christen in der Kirche den Tod eines Gekreuzigten feiern, in der Welt draussen aber an das Gesetz des Stärkeren glauben?

Kapital, der neue Mammon

Die Frage nach dem Kriterium von Christ-Sein stellt sich drängend, falls der christliche Glaube nicht gegensätzlichen Interessen zugleich dienstbar gemacht werden soll.

Woran aber muss sich christliche Praxis ihr Mass nehmen und wie kann sie als christliche identifiziert werden?

Im Blick auf den Grund christlichen Glaubens im Schicksal des Jesus von Nazaret wird das Kriterium für Christ-Sein eindeutig. Christlicher Glaube muss als jene welthafte Praxis der Nachfolge verstanden werden, die Armen die Frohbotschaft bringt, den Gefangenen Befreiung verkündet, den Blinden die Augen öffnet und die Unterdrückten in die Freiheit entlässt.

Solcher Glaube darf sich nicht mit dem Hinweis auf Sachzwänge abspeisen lassen. Damit nähme er die tödlichen Folgen politischer und wirtschaftlicher Mechanismen als naturgegeben hin. Er entliesse so den Menschen aus der Verantwortung für die Gestaltung der Welt und diene der Erhaltung der Machtansprüche der einen auf Kosten der Überlebenschancen der andern.

Auf der Suche nach den Ursachen von Abhängigkeit und Elend stossen wir auf Systeme, wo der Mensch im Dienst der Wirtschaftsordnung steht, nicht die Wirtschaftsordnung im Dienst des Menschen. Das "sozialisierte Kapital" des totalitären Kommunismus ist dafür das eine Beispiel, die kapitalistische "soziale Marktwirtschaft" das andere, wo Armut und Unterdrückung Folgen sind von Wirtschaftsordnungen, die nicht zum Wohl aller davon betroffenen Menschen eingesetzt werden.

Der christliche Glaube macht vor den wirtschaftlichen Lebensbedingungen - den eigenen und denjenigen der anderen - nicht halt. Hellmut Gollwitzer sagt in Bezug auf unsere Situation: „Wer nach geistiger Erneuerung verlangt, wer mit den psychischen Verheerungen des modernen Lebens sich bemüht, wer wegen der 'Grenzen des Wachstums' nach neuer Wertskala ruft und dabei nicht von der kapitalistischen Produktionsweise spricht, der geht um den heissen Brei herum und schreibt Makulatur.“

Wirtschaftssysteme und Produktionsweisen sind nicht Nebensache, sondern wegen der Abhängigkeit, die sie erzeugen, und wegen ihrer Gefahr, Selbstzweck zu werden, stellen sie theologische Fragen. Es sind zentrale christliche Fragen. Sie nicht stellen, lässt Kapital theologisch gesehen zum Götzen werden.

Nicht zwei Herren dienen

Der einzelne Christ wie die christlichen Kirchen stehen so heute in den reichen Industrienationen vor der Entscheidung, sich entweder der Logik unseres Wirtschaftssystems zu unterwerfen und damit zu akzeptieren, dass das Leben von Armen und Verhungerten im Süden auf dem Altar des Wohlstands im Norden geopfert wird, oder aber für diese Opfer Partei zu ergreifen, dem Aberglauben an vermeintliche Sachzwänge abzuschwören und den Götzen Kapital zu entthronen.

Die Entscheidung ist unausweichlich. Es geht buchstäblich um Leben und Tod. Entweder bestimmt weiterhin das Kapital, wer arbeiten darf, zu essen erhält und am Leben bleibt, oder alles Wirtschaften geschieht um des Menschen willen. Die Kriterien sind eindeutig: Eindeutig sind die lebenspendende Parteilichkeit Jesu für Arme, Gefangene, Blinde und Unterdrückte und sein Einsatz für das Reich Gottes als Reich des Friedens, der Gerechtigkeit und der Liebe, und eindeutig ist, dass sich das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem nicht an diesen Kriterien orientiert.

3. Für ein politisches Gespräch in den Kirchen

Jesus Christus und die Politik

Jesus widerstand der politischen Versuchung, welche die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nur ausgetauscht, den Teufelskreis der Gewalt und der Gegengewalt aber nicht durchbrochen hätte.

Das bedeutet negativ: Die politische Macht wird in ihrem Anspruch auf Absolutheit und Eigengesetzlichkeit relativiert und kritisiert. In positiver Wendung bedeutet die Integration des Politischen in die universale Erlösungsordnung: In der Dimension des Politischen kann und soll vorläufig und zeichnerhaft aufscheinen, was in der Zukunft des Reiches Gottes gnadenhaft seine Erfüllung finden wird und worauf die "ganze Schöpfung jetzt voller Sehnsucht harrt" (Röm 8, 19).

Jesus war also kein Machtpolitiker, aber seine Botschaft und sein Verhalten wirkten politisch. Seine Botschaft vom nahen Reich Gottes relativierte und kritisierte alle politischen Absolutheitsansprüche und war damit radikal gesellschaftskritisch. Seine demonstrative Hinwendung zu den Armen desavouierte die Reichen; die Seligpreisung der Unterdrückten und unschuldig Verfolgten schlug ihn auf die Seite der politisch und sozial Benachteiligten; seine bevorzugte Behandlung der Kleinen und Ausgestossenen war politisch alles andere als neutral; seine beissende Kritik an den Schriftgelehrten und Sadduzäern - der einflussreichsten Schicht im damaligen Palästina - war wahrscheinlich der Grund, weshalb Jesus als politischer Rebell hingerichtet wurde.

Die gesellschaftliche Dimension des Christseins

Indem die Kirche den auferweckten Gekreuzigten als ihren eigenen und einzigen Herrn und als den "Herrn der Welt" (Mt 28, 18) anerkennt, kommt sie notwendigerweise in Konflikt mit den Mächten und Gewalten, die sich selber zu den Herren über die Menschen aufwerfen. Sie gerät in Konflikt mit unterdrückenden Herren, Strukturen und Mechanismen, die immer mehr Menschen und Gesellschaften mit direkter oder indirekter Gewalt in die Unterentwicklung treiben.

In der Nachfolge Jesu können wir den christlichen Glauben nicht als Privatsache bezeichnen. Jesus hat seinen Glauben öffentlich bekannt, und sein öffentliches Bekenntnis hatte gesellschaftliche Auswirkungen. Das Reich Gottes will sich universal verwirklichen; es ist daher nicht nur eine private, sondern auch eine gesellschaftliche Grösse. Die Verkündigung des Evangeliums ist daher niemals nur an das Individuum, sondern auch an die gesellschaftlichen Kräfte gerichtet.

Aus diesem Grund können wir auch den Standpunkt nicht teilen, wonach der Kirche die Aufgabe zugewiesen werden soll, sich auf die Predigt des Evangeliums zu beschränken und sich im Übrigen aus der Politik herauszuhalten. Auch können wir uns nicht in der Nachfolge Jesu auf die Seite der Armen schlagen und zugleich stillschweigend die diese Armut fördernden politisch-wirtschaftlichen Mechanismen dulden oder gar von ihnen profitieren. Solidarität mit den Armen der Welt und Produktion

von Weltarmut sind nicht zugleich möglich. Wir sind betroffen durch diesen Widerspruch und die allzu leichte Kompromissbereitschaft unserer Kirchen in dieser Frage.

Wenn die Kirchen eine Kompromisshaltung einnehmen, begründen sie dies nicht selten mit ihrem spezifischen Versöhnungsauftrag. In der Tat hat die Kirche die Bestimmung zur Versöhnung und zur Sammlung (Einheit) der Menschen im Namen Jesu Christi. Uns bewegt aber ein tiefes Unbehagen, wenn sich unsere Kirchen durch Kompromisse, die nichts kosten, davon dispensieren, selber zur globalen Versöhnung beizutragen. Wir glauben, dass die Einheit der Kirche nicht dann hergestellt ist, wenn die vorhandenen Spannungen und verborgenen Spaltungen in unseren Kirchen durch Rede- und Handlungsverzicht überdeckt werden. Nach unserer Überzeugung ist die Einheit der Kirche erst dann verwirklicht, wenn es innerhalb der einen Universalkirche keine Spaltungen mehr gibt zwischen armen und reichen, unterdrückenden und unterdrückten, gebenden und nehmenden Christen. Dies ist die Einheit und die Versöhnung, die wir anstreben und die wir durch die (aktive und passive) politische Haltung unserer Kirchen häufig bedroht sehen.

Stolpersteine

Einige Beispiele sollen zeigen, wie das Gespräch in den Kirchen in letzter Zeit verschiedentlich erschwert oder blockiert wurde im Augenblick, wo seine Weiterführung in konkrete, und das heisst auch politische Stellungnahmen gemündet hätte. Wollen die Verantwortlichen in den Kirchen damit vermeiden, jene politisch-wirtschaftlichen Kreise zu verärgern, von denen man sich abhängig glaubt, und die ihrerseits direkt oder indirekt vielleicht selber zur Unterdrückung beitragen? Oder möchte man verhindern, dass durch eine "Politisierung" Spannungen innerhalb der Kirchen selbst zutage treten?

- In weiten Kreisen bewirkte die Bankeninitiative nervöse Unsicherheit. Obwohl diese Initiative unzweifelhaft einen Schritt zur Solidarität der Schweiz mit den Entwicklungsländern darstellt und obgleich die Kirchen der Armen in der Dritten Welt zur Unterstützung der Initiative aufrufen, versuchen sich massgebliche Stellen unserer Kirchen aus der Sache herauszuhalten. Dass Kirchenleitungen sich durch heftige Reaktionen von Interessenvertretern der Banken und der Wirtschaft einschüchtern liessen, hat viele engagierte Christen enttäuscht. Inzwischen hat in den Kirchen dennoch eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Bankenfrage begonnen (Studien, Berichte usw.). Ob diese Arbeit allerdings in den Gemeinden aufgenommen wird, und ob sie schliesslich auch zur offenen Unterstützung eines politischen Anliegens führt, bleibt abzuwarten.
- Als der Ökumenische Rat der Kirchen (OeRK) 1981 aus Protest gegen das Engagement von Schweizer Grossbanken in Südafrika seine Geschäftsbeziehungen mit diesen abbrach, wurde dieser Beschluss in unseren Kirchen entweder kritisiert oder totgeschwiegen. Um finanzkräftige Kirchenmitglieder nicht vor den Kopf zu stossen, tat man so, als sei die zeichenhafte Handlung des OeRK für uns selber bedeutungslos; oder aber man entschuldigte sich mit dem Hinweis, dass die Wirkung dieser Massnahme sowieso zweifelhaft sei.
- 1981 hat die "Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt" alle katholischen und reformierten Kirchengemeinden sowie weitere kirchliche Institutionen in einem Schreiben aufgerufen, ihre Beziehungen zu jenen Grossbanken zu überprüfen, welche die südafrikanische Apartheidregierung mit Millionendarlehen am Leben erhalten. Der Aufruf blieb grösstenteils ohne Echo.
- Als die Agenda des Fastenopfers und von Brot für Brüder 1981 das Friedensthema auch politisch zur Debatte stellte, stiess sie in- und ausserhalb der Kirchen auf heftigen Widerspruch. Den Kirchen wurde die Legitimation abgesprochen, sich politisch zu äussern, und man verlangte eine "Disziplinierung" der Hilfswerke und eine "Rehabilitierung" von Armee, Wirtschaft und Politik. - Zwar stellten sich in der Folge die Kirchenleitungen hinter die Verfasser der Agenda, aber der massive Druck blieb nicht ohne Wirkung auf die Agenda 1982.
- Als sich 1981 viele kirchliche Kreise für die "Mitenand-Initiative" einsetzten, kam es in den Kirchen zu erbitterten Auseinandersetzungen. Gottesdienste wurden gesprengt und Kirchaustritte erklärt. Nach der deutlichen Ablehnung der Initiative durch den Souverän

wurde den kirchlichen Befürwortern vorgeworfen, sie hätten sich auf gefährliche Weise vom Kirchenvolk entfremdet.

- Seit Jahren engagieren sich einzelne Christen, kirchliche Gruppen und auch die Kirchenleitungen für die Einführung eines Zivildienstes in der Schweiz und für andere als militärische Formen der Friedenssicherung und Friedensförderung. Doch müssen sie erfahren, dass sie von anderen Christen oft als Drückeberger und Defätisten abgestempelt werden.

Ängste, Hoffnungen, Fragen

Dies sind nur einige Beispiele, die uns besorgt machen:

Wir haben Angst vor unsolidarischen und egoistischen Tendenzen, die sich in unseren Kirchen durch aktives oder passives politisches Verhalten breitmachen. Wir sind betroffen von dem Mangel an prophetischem Mut und der stillen Komplizenschaft mit den herrschenden gesellschaftlichen Kräften. Wir fürchten uns vor dem Verrat am befreienden Erbe Christi und vor der Gleichgültigkeit gegenüber Jesu Seligpreisung der Armen.

Wir erhoffen uns eine "lebendige und missionarische Kirche" (Leitthema des II. Interdiözesanen Pastoralforums der Schweizer Katholiken 1981), die in der Nachfolge Jesu radikal zum Anwalt der Armen wird.

In diesem Sinn fragen wir uns:

Was heisst es, heute Kirche Jesu Christi in der Schweiz zu sein: in einem Land, das hochindustrialisiert ist und als eines der -reichsten in der Welt gilt; (...) in einer Kultur, die das Individuum in den Vordergrund stellt und das Konsumverhalten fördert; in einer verunsicherten Gesellschaft, die ihre spezifischen Dienstleistungen ausbaut (etwa im Bereich der Versicherungen, der Banken, des Gesundheitswesens, der Wirtschaft)?

Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in der Schweiz ist untrennbar mit weltweiten Entwicklungen verflochten. Die Geschichte hat uns auf die Seite der reichen Nationen geschlagen: auf die Seite jener, die heute Einfluss haben innerhalb einer Weltwirtschaftsordnung, welche die Armen ärmer und die Reichen reicher macht. Wie kann da die Kirche ihre eigenen Grenzen überschreiten und ihre Solidarität mit den Menschen aller Völker zum Ausdruck bringen? Wie kann sie mit den andern Teilkirchen zusammenarbeiten und die gemeinsame Verantwortung gegenüber der Welt mittragen? Wie kann sie ihre eigene Sammlung nur von ihrer Sendung in die Welt her begreifen? (Arbeitsgrundlage zum Pastoralforum 1981)

4. Was tun?

Für eine Überlebensgesellschaft

Unsere Ziele

Die Unterscheidung von Problemen der Jungen und Erwachsenen mag ich nicht. Das Alleinsein, die Kriegsgefahr, die Umweltverschmutzung - das geht doch alle an, ganz egal, wie alt man ist. Und da kommt es dann darauf an, wie Erwachsene und Junge zusammen einen Ausweg finden können. (Edoardo Bennato, italienischer Rocksänger, Tages-Anzeiger vom 16.12.1981)

1. Wir möchten die Erde nicht länger durch Raubbau an der Natur, masslosen Verbrauch und gedankenlosen Verschleiss zerstören, sondern sie in Verantwortung für die Schöpfung Gottes und als Sachwalter unserer Kinder und Enkel pflegen, indem wir die natürlichen Kreisläufe schützen, das Wachstum begrenzen und den Boden denen zugänglich machen, die ihn bebauen.

2. Wir möchten unseren Wohlstand und Überfluss nicht länger auf Kosten der Armen vergrößern, sondern in unserem Lebensstil auf die Benachteiligten Rücksicht nehmen. Wir möchten Tauschbedingungen schaffen, die allen ein menschenwürdiges Überleben ermöglichen und die den Schwächeren aus der Abhängigkeit vom Stärkeren herausführen. Auch in der Wirtschaft beginnt die Einsicht zu wachsen, dass uns das sich selbst regulierende Profit- und Wachstumssystem in eine Sackgasse von Arbeitsdruck, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit geführt hat.

3. Wir möchten unsere Sicherheit nicht länger auf das offene oder stille Einvernehmen mit gewalttätigen Wirtschafts- und Militärrherrschaften stützen, sondern uns auf die Seite der Armen stellen, die sich von ihren Unterdrückern befreien wollen.

4. Wir möchten jedem Menschen - Mann oder Frau, weiss oder farbig, jung oder alt - sein Recht auf Leben, auf Entfaltung, auf Freiheit und politische Mitwirkung, auf Frieden und Unabhängigkeit gewährleisten. Besonders die Frauen leiden unter Krieg, Gewalt, Armut, Ausbeutung und Verachtung in unserer weitgehend von Männern bestimmten Welt; und die Männer sind tief in ihre Macht und vermeintliche Überlegenheit verstrickt. Wir möchten den Weg zu einer neuen Gemeinschaft von Frauen und Männern gehen.

5. Wir möchten in neuen Gemeinschaften mit veränderten Werten leben: Wir möchten wieder lernen, aufeinander einzugehen, Denkwänge und angebliche Sachzwänge abzubauen und uns menschlich zu begegnen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Arbeit nicht nur als Produktionsleistung gesehen, Kooperation über Konkurrenz gestellt und die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen gemessen wird.

Gegen Massensterben, Verelendung und Fehlentwicklung

In den Industrieländern beginnen

Heute und an jedem Tag sterben etwa 160'000 Menschen an den Folgen der Unterernährung.

Die wachsende Verelendung ist eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die in den letzten dreissig Jahren aufgerichtet wurden. Katastrophenhilfe, so nötig sie in manchen Fällen ist, ändert nichts an diesen Verhältnissen.

Entwicklungspolitik muss bei uns beginnen, damit die Völker der Dritten Welt Raum für ihre eigene Entwicklung gewinnen. Erhard Eppler hat das kürzlich treffend zusammengefasst:

Nur wenn wir versuchen, Sonnenenergie zu nutzen, werden die Völker des Südens den Vorteil begreifen, den sie uns gegenüber auf diesem Gebiet durch Natur und Geographie bekommen haben.

Nur wenn wir die friedliche Nutzung der Kernenergie bei uns in Frage stellen, bleiben manchen Entwicklungsländern die Pleiten erspart, die der Iran hinter sich hat und einige andere Länder, wie Brasilien, möglicherweise noch vor sich.

Nur wenn wir anfangen, die Holzbestände des Nordens wie unseren Augapfel zu hüten, können wir helfen, der Zerstörung der Wälder des Südens Einhalt zu gebieten.

Nur wenn wir eine Form der Agrarpolitik bekämpfen, deren ökonomischer Widersinn nur noch durch den ökologischen Schaden übertroffen wird, können wir verhindern, dass der öl- und devisa-fressende Traktor in Südasiens und Lateinamerika immer mehr Menschen in die Slums der Grossstädte vertreibt.

Nur wenn wir Alternativen zu einer chemo-technisch perfekten Reparaturmedizin finden, können wir die Dritte Welt vor einer Medizin bewahren, die sie niemals bezahlen kann.

Nur wenn wir die öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber dem Auto voll konkurrenzfähig machen, können wir dem Süden ein unbezahlbares Verkehrschaos ersparen helfen.

Solange wir unsere Sicherheit in immer komplizierteren, teureren Waffen suchen, haben wir kein Recht, die Militarisierung der Dritten Welt zu beklagen, und keine Autorität, sie zu verhindern.

(Erhard Eppler, in: epd-Entwicklungspolitik 22/81)

Gegen Angst und Resignation

Grundsätze unserer eigenen Arbeit

Wir müssen

*lernen, die üblicherweise verdrängte Angst auszuhalten. (...) Der Angst kann man nur in dem Glauben standhalten, dass ihre tiefste Ursache, nämlich ein auf Destruktion zielendes Rivalisieren, durch einen Willen zur Verständigung und zur gemeinsamen Lösung der Menschheitsprobleme überwunden werden kann. Dieser Glaube bedarf zu seiner Stabilisierung der Erfahrung, dass man sich selbst nach diesem Prinzip verhalten kann.
(H.E. Richter: Alle redeten vom Frieden)*

Wir arbeiten in verschiedenen Gruppen und Organisationen mit, die sich für Gerechtigkeit und Frieden im internationalen Bereich einsetzen. Wir laden alle Christen ein, auch in solchen Gruppen mitzuarbeiten und angesichts der grossen Probleme und wachsender Ungerechtigkeit nicht einfach in Angst und Resignation zu verfallen. Als Grundsätze für solche Gruppen haben uns die Selbstverpflichtungen der "Ökumenischen Initiative Eine Welt" (vgl. Dauber/Simpfendörfer, Eigener Haushalt und bewohnter Erdkreis) am meisten überzeugt.

Wir laden alle Gleichgesinnten ein, sich mit uns diesen **Selbstverpflichtungen** - die wir im Folgenden etwas erweitert haben - anzuschliessen und sie in der öffentlichen Diskussion zu vertreten.

1. Wir werden Entwicklungen verlangen und unterstützen, durch die bisher Benachteiligte in ihren Lebenschancen gefördert werden. Wir werden uns um Modelle bemühen, in denen in ökumenischer Gemeinschaft gelernt werden kann, Mitverantwortung im entwicklungspolitischen und umweltpolitischen Bereich wahrzunehmen und die Demokratisierung und Humanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

2. Wir werden uns über Friedensarbeit, z.B. Rüstungskonversion und ihre Möglichkeiten, informieren und die gewonnenen Einsichten weitergeben. Wir werden uns überlegen, was die christliche Forderung der Feindesliebe heute politisch bedeutet.

3. Wir werden unseren Konsum überprüfen: Wir werden ihn einschränken und in ein vertretbares Verhältnis zu den begrenzten Vorräten der Erde, dem Bedarf der Benachteiligten und der Umweltbelastung bringen. Wo immer möglich, werden wir ihn auf Waren umstellen, deren Ertrag die Produzenten in Entwicklungsländern und bei uns eigenständiger macht.

4. Wir werden uns für eine Produktionsweise einsetzen, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Wir werden unsere eigene Arbeitssituation überprüfen und Ansätze fördern, die zu mehr Mitbeteiligung und Mitverantwortung in der Wirtschaft führen.

5. Wir werden einen spürbaren Teil unseres Geldes im Sinn dieser Initiative verwenden, in der Regel mindestens 3 % des Nettoeinkommens. Persönliche Umstände können eine andere Selbsteinschätzung nach oben oder nach unten notwendig machen.

Wir werden das Geld folgenden Zwecken zuführen:

- a) entwicklungspolitischen Modellen, durch die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit derer gefördert werden, die in Armut und ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten leben müssen;
- b) bewusstseinsbildenden und politischen Aktionen in der Schweiz.

6. Wir werden auch unserer Mitverantwortung für das Geld der Öffentlichkeit, der Kirchen und der Banken nachzukommen suchen. In unserer Kirchgemeinde, in ökumenischen Gruppen und in der Öffentlichkeit werden wir uns im Sinne dieses Aufrufs für eine gerechte, überlebensfähige Gesellschaft, für den Abbau von Unterdrückung und Fehlentwicklung und für ökumenisches Teilen einsetzen.

Aufruf an unsere Kirchen

Aufgaben der Kirchen, ihrer Gemeinden und einzelnen Glieder

1. Der Kontakt zwischen reichen und armen Kirchen darf sich nicht in der Finanzierung von Projekten erschöpfen. Wir rufen unsere Kirchenleitungen und Kirchgemeinden auf, eine neue Art des Teilens anzustreben.

Ökumenisches Teilen hilft uns, die eigene lokale Gemeinde in Verkündigung und Fürbitte als Glied der weltweiten Kirche Jesu Christi kennen zu lernen und daraus die Kraft zu schöpfen, uns von konventionellen Normen zu lösen und uns im Dienst an Gottes neuer Welt selbst zu erneuern (Röm 12, 2).

Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten, dass

- die Christen in unserem Land die eigenständigen Wege anderer Kirchen kennen lernen und anerkennen;
- andere Kirchen mehr an unserem kirchlichen Leben teilhaben können;
- kritische Anfragen aus Kirchen der Dritten Welt in unseren Gemeinden und kirchlichen Gremien ernst genommen werden;
- der Austausch von kirchlichen Mitarbeitern und die direkte Begegnung zwischen Gemeinden verschiedener Kirchen verstärkt wird;
- der Einsatz von Kirchen in der Dritten Welt für die Armen und Unterdrückten in unserer kirchlichen und politischen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen und unterstützt wird;
- unsere Kirchen sich nach dem Beispiel der Basisgemeinden in ein lebendiges, pluralistisches und bewegliches Netz von engagierten Gemeinschaften verwandeln.

2. Wir erwarten von unseren Kirchen, dass sie die Treue zur Botschaft Jesu Christi höher stellen als die Rücksicht auf nationale oder gesellschaftliche Interessen.

Der Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden, für die Befreiung der Armen und Unterdrückten muss bei allen Überlegungen und Aktionen der Schweizer Kirchen an erster Stelle stehen. In der Nachfolge Jesu finden wir den Mut und die Kraft zu auch unpopulärem Handeln. Wer Ungerechtigkeit beim Namen nennt, kann mit wirtschaftlich und politisch Mächtigen in Konflikt geraten; als Christen haben wir aber den klaren Auftrag, für die Schwachen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft und in der Dritten Welt einzutreten, und dürfen wir uns durch solche Konflikte nicht einschüchtern lassen.

3. Wie verwendet die Kirche ihr Geld? Wie verwende ich mein Geld? Die Kirchen, Gemeinden, christlichen Organisationen und jeder Christ haben in ihrem Finanzgebaren neue Schwerpunkte zu setzen.

Der Umgang mit Geld ist ein Spiegelbild der Prioritäten, nach denen wir leben, auch in der Kirche und in der Kirchgemeinde. Durch unsere Bankverbindungen, mit dem Stil unserer Bauten und Einrichtungen und im Umgang mit vorhandenem Vermögen zeigen wir, ob wir die vorherrschenden Konsummuster und Wirtschaftsstrukturen kritiklos akzeptieren oder ein Zeugnis für den Geist des Teilens, der Einfachheit und der Risikobereitschaft ablegen wollen.

4. Die kirchliche Bildungsarbeit muss die Probleme der Entwicklung und des Friedens stärker in den Mittelpunkt rücken.

Die Ansätze Paulo Freires und anderer Pädagogen der Dritten Welt helfen uns, die eigene Betroffenheit zu entdecken und benachteiligte Gruppen in unserer Gesellschaft besser anzusprechen und einzubeziehen. Die eigene Erfahrung von Abhängigkeit öffnet vielen den Weg zum Verständnis der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Auch in die theologische Ausbildung ist unsere wirtschaftliche und politische Lebenssituation praktisch und wissenschaftlich einzubeziehen, so dass die kirchlichen Mitarbeiter mit sozialen Problemen umzugehen lernen. Auch dabei können wir von Kirchen der Dritten Welt viel lernen.